



Wirtschaft

Vortrag

Ulrich Hemel

Europa 2.0:

**Von der Vertrauens- und Verantwortungskrise in der Wirtschaft zu
einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung**

Institut für Sozialstrategie

Wrangelstrasse 51
10997 Berlin

www.institut-fuer-sozialstrategie.de
kontakt@institut-fuer-sozialstrategie.org

Berlin, Juli 2011

Abstract: Die Weltwirtschaftskrise hat Ökonomie und Politik in einen Zustand kollektiver Schockstarre versetzt. Die Unsicherheiten und Vertrauensverluste, die die Märkte prägen, zeigen einmal mehr auf, dass nicht alles in Bezug auf die Realökonomie mathematisiert werden kann, auch wenn die ökonomischen Wissenschaften dies in den letzten Jahren nahelegten. In seiner Rede im Rahmen der politischen Akademie Tutzing am 08. Juli 2011 analysiert Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel die Auswirkungen der Krise gerade in Europa. So führt die allgemeine Verunsicherung zu einer immer größer werdenden Entfremdung innerhalb der Union. Ein erweitertes Verständnis von Wirtschaften als zweckrationales Handeln unter den Bedingungen der Knappheit, mit dem Ziel des Schaffens und Mehrens von Wohlstand, kann helfen, den Faktor „Mensch“ wieder in die Ökonomie zu integrieren und das verlorene Vertrauen zueinander zurückzugewinnen. So kann auch der Mut aufgebracht werden, sich zu einem „Europa 2.0.“ zu bekennen: Einem nicht nur ökonomisch, sondern auch ideell vernetztem Staatenbund, der als Einheit die Probleme der heutigen Zeit bewältigen kann.

Am 15. September 2008 ging die Nachricht um die Welt, dass die große Investmentbank „Lehmann Brothers“ in die Insolvenz geht. Ich weiß das deswegen so gut, weil an diesem Tag ein Kreditantrag für ein produzierendes Unternehmen im Besitz unserer Familie hätte entschieden werden sollen. Die an sich gut vorbereitete Entscheidung war dann negativ; und die Schockwellen der Lehmann-Pleite erfassten sehr rasch die Realwirtschaft. Ein Beispiel: In Spanien ging die Zahl der Baugenehmigungen von 693.000 im Jahr 2007 auf 100.000 im Jahr 2009 zurück. Das entspricht einem Rückgang um über 85%; und nicht nur Spanien wird bis heute heftig von der Krise in Atem gehalten. In der Finanzwirtschaft saß das Misstrauen zwischen den Banken so tief, dass es fast zu einem Erliegen des Interbanken-Geschäfts kam. Die verständliche Rede von „systemrelevanten“ Banken brachte umgekehrt viele Menschen in der Bevölkerung, aber auch viele kapitalschwächere Mittelständler in eine ebenso verständliche Rage. So erforderte in Deutschland die Rettung der Hypo Real Estate weit über 100 Milliarden Euro Staatsgarantien. Der Spruch des Tages war das „Too Big to Fail“; bitter kommentiert von durch die Krise Betroffenen mit einem „Too small to be remembered“.

1. Handlungszwang unter Unsicherheit: Die Finanz- und Wirtschaftskrise als Ausgangspunkt

Die gleichen Personen und Institutionen, die über Jahrzehnte in der Deregulierung die Zukunft gesehen und sie politisch gefordert hatten, riefen nun nach dem Staat als „lender of last resort“, d.h. als einzig verlässlichem Anker bei der Kreditvergabe. Die Verschuldung der europäischen Staaten stieg rasant an; das Maastricht-Kriterium, das eine Grenze bei 60% des Bruttosozialprodukts festlegte, war scheinbar Makulatur. Und heute, 3 Jahre später, ist zu erkennen: Eine zweite systemische Schockwelle ist nicht durchzu-

halten. Auch die Verschuldung von Staaten findet ihre Grenze in der Glaubwürdigkeit der Bedienung von Kreditverbindlichkeiten- gleich ob es sich um Irland, Portugal, Griechenland oder Italien handelt.

Noch problematischer: Da die Sicherheiten des vorigen Tages zerbrochen, waren auch diejenigen Akteure hilflos, die an den Schaltstellen der Macht in mehr oder weniger hilfloser Weise Verantwortung trugen. Nun mag man verstehen, dass Bundestagsabgeordnete an die Grenzen ihres ökonomischen Sachverstands kommen, wenn es um ein Rettungspaket nach dem anderen geht. Nur: Was machen ein Finanzminister, der vor vielen Jahren Jura studiert hat, und eine Bundeskanzlerin, die in Physik ausgebildet wurde? Wie funktioniert die Kombination aus einem „Recht auf Unwissenheit“ und einer „Pflicht zum Handeln“?

Normalerweise könnte man antworten: Na, man hole sich Rat bei Fachleuten. Aber genau hier fängt die feine Problematik des Abwägens von Vertrauen und Verantwortung in zweiter Differenzierungsstufe an: Wer soll als Fachperson gelten? Wem soll man vertrauen? Ein Bundesbankchef ist hochkompetent in der Geldpolitik; er kann daran mitwirken, den Diskontsatz möglichst nahe an Null zu fahren und zu hoffen, dass es kein Überwälzen der Inflation auf die Realwirtschaft gibt. Er wird aber nicht verhindern können, dass er selbst genau weiß, dass kurzfristige und mittelfristige Geldmarktsteuerung nicht in die gleiche Richtung wirken. Er wird wissen: Kurzfristig kann man den Markt mit Geld fluten; mittelfristig bewirkt ein Überhang von liquiden Zahlungsmitteln eine Inflation auf den Gütermärkten.

Oder sollen die Entscheider den Chefs großer Banken vertrauen? Tun sie es, setzen sie sich – nicht zu Unrecht- der Kritik aus, dass diese Personen eben zuallererst das Interesse ihres eigenen Hauses zu sehen pflegen. Schließlich hat die erwähnte Rettung der Hypo Real Estate nicht nur Städte und Gemeinden, die sich über die frühere DePfa Geld von dieser Bank geliehen hatten, sondern auch einige Großbanken vor dem Ruin bewahrt, die Milliarden in Irland, dem damaligen Sitz der Bank, angelegt hatten.

Aber noch tiefer: Sind die genannten Entscheider wirklich diejenigen, die entscheiden? Wie viel Entscheidungsfreiheit haben führende Politiker in europäischen Ländern gegenüber den Entscheidungen der Fed, der großen Investmentbanken, Hedge Fonds und Rating-Agenturen?

Wie funktioniert Führung in den **Momenten kollektiver Schockstarre**?

Und was passiert, wenn die Erosion, zunächst von der Öffentlichkeit unbemerkt, weiter geht?

Ist Vertrauen in Personen und Institutionen möglich, wenn Sicherheiten von gestern grundlegend erschüttert werden? Wo ist der richtige Vertrauenspfad vor den Abgründen von Kontrollwahn einerseits und Risikobindheit andererseits?

Meine Damen und Herren, ich kann diese Fragen hier nur stellen und sinnvollerweise darauf verweisen, dass Vertrauen immer Züge eines **analytisch und emotional fundierten Balance-Akt** hat. Und die vergangenen drei Jahre zeigen, dass es einen Weg aus der Krise geben kann, wenn er auch unglaublich mühselig und langwierig ist. Nur ist es mit einer historischen Analyse der Krisenereignisse nicht getan. Ich möchte daher in einem ersten Schritt auf einige tiefer liegende Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise eingehen.

2. Die Grenzen der Mathematisierbarkeit unserer Welt als Krise des Weltverstehens

Selbstverständlich gibt es eine Reihe von offensichtlichen Krisenursachen, die schon häufig beleuchtet worden sind. Auf der einen Seite gab es Regulierungs- und Kontrollmängel beim Staat, etwa bei den sogenannten Off-Balance-Geschäften, wie sie 2007 der IKB zum Verhängnis wurden. Auf der anderen Seite war der Risikoappetit und die Eigenkapitalausstattung vieler Banken, aber auch Unternehmen im Übernahme-Hype durch Private Equity Fonds und andere, ins Ungleichgewicht geraten. Denn es galt die einfache Formel: Je niedriger das Eigenkapital, desto höher die Eigenkapitalverzinsung.

Ich führe dazu einen einfachen Vergleich an. Stellen wir uns zwei Unternehmen der gleichen Branche vor, beide mit etwa 100 Mio. Umsatz und einer Bilanz von jeweils 50 Mio. Euro. Beide Unternehmen erwirtschaften einen Jahresgewinn von 3 Mio. Euro, also eine Umsatzrendite von 3%. Nur hat das eine Unternehmen ein Eigenkapital von 30 Mio. Euro, das andere von 5 Mio. Euro.

Die Folge daraus ist, dass das schwach kapitalisierte Unternehmen eine Eigenkapitalrendite von 60% erwirtschaftet. Das stabil finanzierte Unternehmen schafft dagegen nur eine Eigenkapitalrendite von 10%. Es ist also, bezogen auf diesen Wert, „schlechter“ als der Wettbewerber und würde vielleicht sogar einen „schlechteren“ Börsenkurs haben!

Ohne dieses Beispiel ausfallen zu wollen, lässt sich generalisierend feststellen, dass die Risiken einer fehlenden Eigenkapitalausstattung vor der Krise deutlich anders bewertet wurden als nach der Krise. Steigende Anforderungen an die Banken zur Unterlegung von Krediten mit Eigenkapital sind hier nur ein kleiner Teil der Veränderungen, die nach der Krise unter dem Stichwort „Basel III“ auf uns zugekommen sind.

Spieltrieb, Gier, Selbstüberschätzung, mangelnde Regulierung und fehlende Kontrolle: all das hat eine Rolle gespielt. Interessanterweise erschien 2010 ein Buch des Nobelpreisträgers George A. Akerlof gemeinsam mit Robert J. Shiller, das den Titel trug: „Animal Spirits“ (Frankfurt/New York 2009). Sie berufen sich dabei auf den wieder zu Ehren gekommenen Wirtschaftsklassiker Keynes, der von den Animal Spirits im Sinn von Herdentrieb und Instinkt-Beeinflussung im wirtschaftlichen Handeln sprach (G. A. Akerlof / R. J. Shiller 2009, S.10).

Psychologische, politische und regulatorische Faktoren wie die genannten spielen sicherlich eine wesentliche Rolle. Ich meine aber, dass wir einen noch tieferen Umbruch unseres Weltbildes diagnostizieren können. Die Lebenswelt von Menschen, die im Umfeld einflussreicher finanzieller Akteure agieren, wurde nämlich in den letzten Jahrzehnten zunehmend von **mathematisch fundierten Modellen der Risikoanalyse**, der Kreditausfallanalyse, der Entwicklung von Aktien- und Gütermärkten und dergleichen mehr geprägt. Und als Liebhaber, zugleich aber Amateur auf dem Feld der Mathematik möchte ich vorweg bemerken, dass ich in keiner Weise einer Haltung Vorschub leisten will, die meint, auf mathematische Modelle verzichten zu können.

Das Problem lag letztlich aber an einem Weltmodell, das von der grundlegenden **Mathematisierbarkeit** der Finanz- und Güterwelt ausging. Wird dieses Modell zum Glaubenssatz, dann wird eine Grenze übersprungen, die ungeahnte Folgen haben kann. Der überzogene Glaube an die Mathematisierbarkeit der Welt führt nämlich zu einem überzogenen Systemvertrauen, das real existierende Risiken aus nicht erkannten Variablen systematisch ausblendet und das die beteiligten Menschen mit großen Augen vor die Faktizität eines real wirksamen Ereignispfades der Risikorealisation stellt. Anders gesagt: Unter

dem falschen Eindruck der Risikobeherrschung trauen Akteure sich selbst und den Umständen zu viel zu und neigen, wie Akerlof und Shiller es ausdrücken „in dieser geistigen Verfassung dazu, zu viel zu investieren“ (G. A. Akerlof / R. J. Shiller 2009, 253).

Nun gehört der kaum hinterfragte Glaube an die **Erklärbarkeit der Welt** zu den gemeinsamen Axiomen sowohl christlich-religiöser wie aufklärerisch-humanistischer Strömungen. Dem haben sich- nicht nur im 19. Jahrhundert- immer wieder romantische Strömungen entgegengestellt, wie sie u.a. Rüdiger Safranski meisterhaft beschrieben hat (R. Safranski 2007).

Nun geht es bei der Frage nach den Grenzen, den Möglichkeiten und der Krise von Vertrauen und Verantwortung nicht um die Wiederbelebung romantischer Theorien. Im Gegenteil: Die Erklärbarkeit der Welt ist in der Geschichte der Wissenschaft stets auf **modellartige Annahmen** bezogen, die methodisch vom Fluss des wirklichen Lebens isoliert werden.

Die methodische Abstinenz ist für den Erkenntnisgewinn wesentlich. Fehlerhaft wird das Verfahren dort, wo modellhafte Abstraktionen eins zu eins auf die Realität angewendet werden, so als folge die Realität den abstrahierenden Modellen! Das Gegenteil ist ja richtig: Gerade weil die soziale Wirklichkeit (zu der auch das Feld der Wirtschaft und der Politik gehört) Teil hat an der **Ergebnisoffenheit der Geschichte**, ist es einer solchen Vielzahl von Variablen ausgesetzt, dass wir diese auf absehbare Zeit gewiss nicht in einer erklärungs mächtiges Modell fassen können. Wer finanzmathematische Risikomodelle für bare Münze nimmt, rechnet nicht mit dem Einbruch des Unvorhersehbaren, so wie dies Nassim Nicholas Taleb in seinem berühmt gewordenen Buch „**Der Schwarze Schwan**“ über die „Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse“ anschaulich beschrieben hat (N. N. Taleb 2008).

3. Folgen für die Verantwortungs- und Vertrauenskrise in Wirtschaft und Politik

Was heißt dies für unser Thema Vertrauens- und Verantwortungskrise in der Wirtschaft und Politik?

Es ist nicht schwer, aus der fehlerhaften Übertragung modellhaften Denkens auf die soziale, auch die finanzwirtschaftliche Wirklichkeit auf generelle menschliche Schwächen hinzuweisen. Überzogenes, fehl platziertes Vertrauen gehört zunächst in die Kategorie des **intellektuellen Irrtums**, zumindest wenn alle zumutbaren Informationen verarbeitet wurden.

Das Grenzgebiet zur ethischen Dimension wird dort erreicht, wo die Zielorientierung unseres Wollens vorhandene Risiken systematisierend ausblendet. Solche Unterschätzung von Risiken ist gleich bedeutend mit einer milden Form des Größenwahns, der **Selbstüberschätzung**. Dabei ist es völlig gleich ob es sich um Personen handelt, die ihr eigenes Vermögen ganz oder teilweise vernichten, um Institutionen, die die eigene Zukunft gefährden oder um Regierungen, die auf der Suche nach tagesnahen Lösungen mittelfristige Abgründe, die zeitlich nach der nächsten Wahl liegen, geflissentlich zu übersehen pflegen.

Werden Größenwahn und Selbstüberschätzung zu Phänomenen des kollektiven Bewusstseins, dann erhalten entsprechende Aktionen den **Anstrich von Rationalität**, von Normalität, ja von Verantwortung und Fachkunde. Das aber genau macht seriöse Aussagen über Verantwortung schwierig. War es denn verantwortlich, Griechenland in den Euro-

raum aufzunehmen? War es verantwortlich, den Euro als gemeinsame Währung auszugestalten, aber die einzelnen Euro-Länder nationale Emissionen ausgeben zu lassen? Entscheidend für die Antwort auf diese Frage ist, so bedauerlich es sein mag, der zeitliche und politische **Kontext** der Antwort, denn die Sicht von heute ist nicht die gleiche wie die vor 20 Jahren!

Halten Größenwahn und Selbstüberschätzung aufgrund unzureichender Risikobeurteilung und unterkomplexer Betrachtung ereigniswirksamer Variablen über einen längeren Zeitraum an, dann haben wir es mit dem Phänomen der **Lebenslüge** zu tun. Dies kann auf einzelne Menschen zutreffen, auf einzelne Unternehmen, aber auch auf ganze Völker und Länder. Konkret bedeutet dies, dass scheinbar unwahrscheinliche Ereignispfade der Risikorealisation konsequent ausgeblendet werden. Anders gesagt: Sie werden übersehen, weil „nicht sein darf, was nicht sein kann“.

Es spricht manches dafür, wie mir scheint, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 sowohl Züge einer **Krise unseres Weltverstehens** wie auch Züge einer speziell **europäischen Lebenslüge** trägt. Im Lissabon-Vertrag, der immerhin von 27 Ländern ratifiziert wurde, ist von der Vision eines Europas die Rede, das zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt werden sollte. Was ist davon geblieben? Die EU, entstanden aus der Montanunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hat auch 60 Jahre nach dem II. Weltkrieg noch immer nicht die Kraft, über wirtschaftliche Themen hinaus einen Blick auf die Lebenswelt, die gemeinsamen **Träume und Hoffnungen der Europäer** zu werfen- so als ob die Europäische Union im Kern eben eine Währungsgemeinschaft, also eine Euro-Union wäre- was ja in verschiedenster Hinsicht nicht stimmt.

Wenn aber so nicht, wie denn dann? Und die gängige Antwort auf das Zerschlagen der bisherigen Form rational wirkender Krisenbewältigung ist eine mehr oder weniger differenzierte Form der Ratlosigkeit. Und weil die Dinge gelegentlich besonders schwierig sind, gerät diese – unter dem Blickwinkel einer Verantwortungsethik- relativ schnell unter den Verdacht des intellektuellen Eskapismus, also einer Art von Welt- und Problemflucht, die die Krise der Verantwortung nicht lindert, sondern verschärft.

4. Modelle der Weltbewältigung nach der Krise

In den letzten Jahren ist es immer wieder zu regionalen Krisen gekommen, von der Argentinienkrise bis zur Russlandkrise, von der Asienkrise bis zum Platzen der Internetblase. Der leichte Hang zum Größenwahn, der in Europa gerne kultiviert und ungern eingestanden wird, führt aber auch dazu, die stark europäisch und amerikanisch geprägte Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 sofort als **Weltwirtschaftskrise** zu deuten- auch wenn diese Bezeichnung so weder für China noch für Afrika oder Lateinamerika zutrifft. Richtig ist allerdings, dass Europa und die USA nach wie vor einen so dominierenden Anteil am monetär bemessenen Weltbruttosozialprodukt erwirtschaften, dass die Bezeichnung als Weltwirtschaftskrise einen gewissen Kern an Berechtigung behält. Gleichzeitig heißt es, dass „infolge“ der Krise das Gewicht der Schwellenländer gestiegen sei. Welch ein merkwürdiger Zufall!

Die entscheidende Frage geht allerdings über Krisen- und Ursachenanalysen hinaus. In Europa leben rund 500 Millionen Menschen. Trotz verschiedener Sprachen entsteht allmählich so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit (vgl. H. Prantl 2011). Und so sehr die Bürger und Bürgerinnen Italiens, Frankreichs, Spaniens, Deutschlands, Polens und Dänemark unterschiedliche Wahrnehmungen und Interessen haben mögen, so sehr gilt,

mit allen Abwandlungen, dass sie überwiegend gerne Bürger eines Vereinten Europas sind.

Wenn es dieses denn gäbe! Tatsächlich aber gleichen sich die Mechanismen des Umgangs mit der Krise stärker, als wir es wohl wahrhaben wollen. Einige davon möchte ich kurz skizzieren.

Ein erster, häufig zu beobachtender Ansatz ist die Flucht in eine **neue Übersichtlichkeit**. Die Dänen führen Grenzkontrollen ein. Manche Griechen (und auch andere) hätten am liebsten die Drachme wieder zurück. Die Implosion von Autoritäten, etwa der Beinahe-Zusammenbruch der Commerzbank in Deutschland, aber auch politische Erdbeben wie die Wahl eines grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg, bewegen nicht wenige Menschen zum Rückzug: Biedermeier zuhause, Disziplin in der Schule, Engagement vielleicht für die eigene Region und Familie. Und von Europa, von Schulden- und Vertrauenskrisen am besten nichts sehen, nichts hören, nichts reden!

So verständlich solche Reaktionsformen sind, so problematisch sind ihre Folgewirkungen! In vielen Ländern Europas etablieren sich wirklich oder scheinbar heimatverbundene, auf regionale Traditionen achtende Gruppierungen, gleich ob es um Ungarn, Finnland oder Dänemark oder den Niederlanden geht!

Die snobistische Geringschätzung solcher Bewegungen als Gegenreaktion wirkt jedoch ihrerseits als Verantwortungsflucht, denn eine Auseinandersetzung mit den zugrundeliegenden Emotionen, Sorgen und Ängsten findet häufig mit einer Geste intellektueller Herablassung erst gar nicht statt!

Ein zweites Krisenbewältigungsmodell ließe sich mit dem schönen Begriff der „**eskapistischen Form der Delegation von Verantwortung**“ beschreiben. Keine Wirkung ohne Ursache! Also muss es Verantwortliche geben, die aus sozialpsychologischer Sicht idealerweise außerhalb des eigenen Wirkungsbereichs zu finden sind, vielleicht am besten außerhalb der eigenen Landesgrenzen. Casino Capitalism und der angelsächsische Finanzkapitalismus! Griechische Staats-Statistik! Französischer Eigensinn bei der Rettung des Euroraums! Egal wie- ein außerhalb des eigenen Wirkraums gelegener Grund lässt sich finden und auch rechtfertigen. Entlastend ist es besonders, wenn die Grenzen unserer Welterklärung zum Gestus des Abschiebens von Verantwortung führen. Eskapistische Delegation wird hier zu einer Form der Weltverweigerung, weil zu befürchten steht, dass jede Form persönlicher Weltbefassung mit einem Verlust der intellektuellen Unschuld einhergeht. Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Finanzministerkonferenz der EU, überhaupt Brüssel: Ja klar, dass hier jeder einzelne Schritt einer unendlichen Kraftanstrengung bedarf! Und es lohnt sich gewissermaßen gar nicht, sich mit den anstehenden Entscheidungen tiefer zu beschäftigen; es sind ja Fragen für Spezialisten und Entscheidungsträger. Da kann man nur froh sein, nicht in deren Haut zu stecken.

Eine solche Form der wohlfeilen Exkulpation führt zu einem dritten, häufig gelebten Krisenbewältigungsmodell: Der **Reform ohne Reform** oder auch dem **Verharren in der Lebenslüge**. Diese Beschreibung hört sich hart an, kann aber im realen Leben leicht beobachtet werden. Reformiert werden die Compliance-Regeln für Industrie-Unternehmen; zu überarbeiten sind die Eigenkapitalrichtlinien nach Basel III; neu zu gestalten ist eine europäische Bankenaufsicht, ferner eine europäische Rating-Agentur. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Diese Themen sind wichtig, aber kein Ersatz für Grundfragen, insbesondere für die eine entscheidende, die über ökonomische Fragen hinausgeht. Sie lautet: „In welcher Gesellschaft möchten wir leben?“ Oder. „ **Welches Bild von Europa soll unsere Zukunft bestimmen**“? Auf diese beiden Fragen werde ich

nach einer kurzen philosophischen Beleuchtung ökonomischen Handelns abschließend eingehen.

5. Wege zu einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung: Ein Vorschlag für eine neue Definition des Wirtschaftens

Das Besondere an der Ökonomie ist ja nun, dass sie stets über sich hinaus ragt und Anteil hat an den prägenden Lebensordnungen einer Zeit. Das Wirtschaften in der Steinzeit vollzog sich innerhalb anderer Denk- und Handlungsmodelle als das Wirtschaften im Mittelalter. Das alte Ägypten unterscheidet sich in seiner Wirtschaftsform von den verschiedenen Modellen des antiken Griechenlands. Wir neigen dazu, solche Unterscheidungen als lediglich historisch abzutun, da die heutige Form des **monetär** bestimmten Wirtschaftens große Potenziale, aber auch große Ambivalenzen und Risiken freigesetzt hat.

Gerade aus diesem Grund lohnt sich die Frage nach der Grundlage des Wirtschaftens.

Dabei will ich nicht einfach die Kritik an der methodischen Abstraktion des Homo Oeconomicus wiederholen, die längst durch einen Konsens zu verhaltensorientierten Formen des wirtschaftlichen Denkens im Sinn von Gary Beckers verhaltensorientierten Ökonomie ersetzt worden ist (vgl. G. S. Becker 1993).

Gerade angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise können wir uns heute eine nicht vorwiegend monetär bestimmte Definition des Wirtschaftens gar nicht vorstellen. Der Mythos der ordnenden Hand des Marktes, die nach Adam Smith den Egoismus des einzelnen zum Gemeinwohl hin lenkt, ist angeschlagen, aber durch neue Definitionen, die besser zum 21. Jahrhundert passen, nicht ersetzt.

Dabei sind Überlegungen in eine solche Richtung gerade unter historischen und anthropologischen Gesichtspunkten keineswegs abwegig. Wirtschaftliches Handeln hat ja nicht mit der Einführung des Geldes begonnen, so wesentlich diese ist. Vielmehr ging es schon in der Steinzeit und seit dem Übergang zu einer sesshaften, bäuerlichen Lebensweise um wirtschaftlich rationales Handeln, nämlich das Beschaffen von **Kalorien** in Form von erlegtem Wild oder geernteten Früchten aus Acker, Wald und Feld. Noch heute gilt, dass die in unseren Gärten angebauten und dem Eigenverbrauch dienenden Äpfel oder Erdbeeren als subsistenzwirtschaftliche Residualgrößen dem Kreislauf des Geldes effektiv entzogen, aber sehr wohl Gegenstand von „Wirtschaften“ in einem umfassenden Sinn sein können.

Ich möchte daher den Vorschlag unterbreiten, Wirtschaft umfassend zu definieren als ein **zweckrationales Handeln unter den Bedingungen der Knappheit, mit dem Ziel des Schaffens und Mehrens von Wohlstand.**

Philosophisch gesehen, ist die Definition des Wirtschaftlichen als Handeln unter den Bedingungen der Knappheit von hoher anthropologischer Dignität, denn sie umfasst Handlungsklassen, die nicht monetär bestimmt sind- und sie ist einer Kritik des Handelns zugänglich wie andere, nicht-wirtschaftlich motivierte Handlungen auch. Darüber hinaus hat sie den Vorteil, Kooperation und Wettbewerb als zwei Seiten einer Medaille auch im ökonomischen Feld wahrnehmen zu können.

Es ist unbestreitbar, dass diese Definition auf unternehmerisches Handeln ebenso wie auf private, geldwirtschaftliche Vermögenstransaktionen vom Kauf eines Brotes bis zur Finanzanlage passt. Sie ist außerdem trennscharf gegenüber künstlerischen, religiösen oder erzieherischen Tätigkeiten abgegrenzt, die- anders als wirtschaftliches Handeln- von ihrer Primärmotivation her eben nicht auf das Wohlstandsziel bezogen sind.

Interessanterweise ist die genannte Definition gut dazu geeignet, **Transformationsprozesse** in der modernen Gesellschaft zu beschreiben, etwa im Blick auf Erfahrungen und Lebensbereiche wie die Pflege kranker und behinderter Menschen.

Alte und Kranke zu pflegen, war lange Zeit Aufgabe der Familie, genauer: der Frauen in den Familien. Ändern sich die sozialen Verhältnisse und die Familienstrukturen, müssen andere Lösungen gefunden werden. Die Einrichtung einer Pflegeversicherung ist eine gesellschaftliche, nicht zuletzt monetär vermittelte Antwort auf die **Knappheit der verfügbaren Lebenszeit** von Familienfrauen. Die eine Knappheit wird nun durch eine andere, die Knappheit des Geldes oder der verfügbaren monetären Mittel abgelöst.

Mit Vertrauen und Verantwortung hat eine solche, umfassende Definition des Wirtschaftens unmittelbar zu tun. Denn zweckrationales Handeln unter Bedingungen der Knappheit ist sehr wohl und vom Grundsatz her verantwortungs- und auch vertrauensgeprägt, nicht zuletzt vom Motiv der Fürsorge von Menschen für andere Menschen.

6. Die systemische Integration von Gewinnstreben und Wohlstandsmehrung, Verantwortung und Achtung der Menschenwürde in die Ökonomie

Zum wirtschaftlichen Handeln gehört auch das ökonomische Motiv des Gewinnstrebens im Sinn einer individuell nutzbaren Wohlstandsmehrung. Dennoch ist das Handeln zugunsten von Gewinn und Wohlstand eine Handlungsklasse, die sich im Blick auf den Kontext der Zivilgesellschaft nicht für beliebige Akte heranziehen lässt: Es muss um ein Handeln gehen, das zumindest die Grundregeln der **Legalität**, vom inneren Anspruch her aber auch den Maßstab der maximalen **Humanität** verwirklicht.

Fördert wirtschaftliches Handeln nämlich den Wohlstand, lässt sich sehr wohl im ökonomischen Sinn argumentieren, dass bei gleichem Ergebnis dasjenige Handeln ökonomisch vorzuziehen ist, welches **geringere Schadenswirkungen für Mensch und Natur** oder – umgekehrt – höhere Nutzenwirkungen durch Förderung von Menschlichkeit und Nachhaltigkeit umfasst. Mit den Begriffen „Wohlstand“ und „verantwortlichem Handeln in der Zivilgesellschaft“ gewinnen wir folglich **normative Maßstäbe** für wirtschaftliches Handeln, die ökonomische Rationalität nicht ersetzen, aber von Anfang an über sie hinausgehen. Der wirtschaftliche Diskurs bleibt hier nicht den Zirkeln der ökonomischen Funktionseliten verhaftet, sondern öffnet sich für die notwendige gesellschaftliche und politische Debatte über Spielregeln und Randbedingungen des globalen Wirtschaftens (vgl. U. Hemel 2009).

Dabei ist es durchaus legitim, dass auch Begriffe wie „Menschenwürde“ in den ökonomischen Diskurs Eingang finden, wie etwa die Initiative „Global Compact“ zeigt (K. Leisinger 2007).

Ein Beispiel hierfür sind **ökologische und soziale Parameter** als Stellgrößen für ein ökonomisches Nutzenkalkül. Stimmt es nämlich, dass eine soziale Mindestabsicherung etwa durch eine Kranken-, Renten- und Arbeitslosigkeitsversicherung ebenso wie die Beachtung von Mindeststandards für Umwelt und die Verwendung physischer Ressourcen im Interesse des Wohlstands einer Gesellschaft ist, dann kommt es regelmäßig, wenn auch auf verschlungenen und irrational anmutenden Wegen, zu kollektiven Handlungen des staatlich determinierten **Setzens und Durchsetzens von Spielregeln**. Paradoxerweise schränkt dies zunächst den Handlungsspielraum von Unternehmen ein, weil diese sich an Regeln halten müssen. Langfristig und umfassend gesehen profitieren aber alle von sauberem Wasser, einer guten Infrastruktur und öffentlicher Sicherheit.

Durch die Verbindung mit dem allgemeinen Paradigma des Wirtschaftlichen als einem rationalen Handeln unter Bedingungen der Knappheit, aber auch durch die normative Forderung nach möglichst geringen Schadenswirkungen für Mensch und Natur, zumindest bei einem „Gleichstand“ des sonstigen ökonomischen Nutzens geraten ökologische und soziale Erwägungen in den grundsätzlichen Denkhorizont des Wirtschaftlichen im Kontext einer monetär ausgestalteten Marktwirtschaft. Sie kommen dann nicht irgendwann „zusätzlich“ als Systemgrenze dazu, sondern sind schon vom immanenten Anspruch her Teil des ökonomischen Denkens und Handelns.

Der Einwand, damit würde die Freiheit wirtschaftlichen Handelns über Gebühr beschnitten, greift nicht. Wirtschaftliches Handeln ist nämlich grundsätzlich auf politische und auch ethische Systemgrenzen angewiesen. Ansonsten gäbe es wesentlich mehr Betriebe aus den höchst profitablen Bereichen Waffenschmuggel, Prostitution, Drogenhandel und Menschenraub!

Auch solch extreme Beispiele zeigen: Verantwortung und Vertrauen sind Teil des dynamischen Wechselspiels von auch politisch determinierten Prozessen des Aushandelns.

Gerade in diesem Sinn möchte ich abschließend auf einige Gedanken zu Auswegen aus der Krise Europas zu sprechen kommen.

7. Wege zur Übernahme von Verantwortung in der europäischen Vertrauenskrise: Die europäische Idee 2.0

Die Krise Europas ist mehr als die Krise des Euros. Sie ist letztlich eine Identitäts- und Vertrauenskrise in einem sehr grundlegenden Sinn. Die Länder Europas haben in den letzten Jahrzehnten ihre wirtschaftliche und kulturelle Vormachtstellung in der Welt verloren. Sie müssen erst lernen, damit umzugehen- und dabei sind die Erfahrungen und Traumata sehr unterschiedlich, aber auch sehr real- von Portugal nach dem Verlust von Angola und Mozambique über den langen Bürgerkrieg in Nordirland, von Katalanen und Basken bis zu Sintis und Romas in Ungarn, aber auch zur traumatischen Umsiedlung der Griechen aus dem früheren osmanischen Reich 1923, der heutigen Türkei.

Wir haben in Europa noch keine gemeinsame Sprache für diese Prozesse von Verlust und erneuter Identitätsfindung. Für alle Völker, alle Minderheiten und alle Länder aber gilt: Europa ist die Zielrichtung ihrer Träume, **das gemeinsame Haus**, bei dem es- um im Bild zu bleiben- nicht nur um die Quadratmeter jedes einzelnen Zimmers geht.

Die „**europäische Idee 2.0**“, für die ich an dieser Stelle werben möchte, ist gewissermaßen die Leerstelle der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie hat zu tun mit dem Mut zu Zielen und Visionen- oder eben dem Mangel an solchem Mut. Sie hat aber auch zu tun mit der **Professionalisierung der Europäischen Union**.

Dazu gehört sicherlich eine europäische Rating-Agentur. Darüber hinaus bin ich davon überzeugt, dass der Euro nicht mit konzertierten Ad-hoc-Aktionen zu retten ist, sondern einer gemeinsamen, aber auch breit zu diskutierenden Grundsatzentscheidung bedarf. Ist er nämlich die Währung aller Euro-Staaten, dann hat es sich historisch überholt, auf Euro-Emissionen einzelner Länder zu setzen. Wir werden, so denke ich, über kurz oder lang nicht auf die Ausgabe gemeinsamer, von der EZB ausgegebener Euro-Bonds verzichten können!

Dies setzt voraus, dass es beispielsweise Spielregeln des Übergangs gibt, so dass man beispielsweise wie bei den argentinischen Brady-Bonds 70% des Nennwerts einer Griechenlandsanleihe beim Umtausch in die neuen Eurobonds angerechnet bekäme. Zum

Übergang müsste ebenso gehören, dass es innerhalb eines definierten Korridors wesentliche Stellgrößen wie z.B. das Renteneintrittsalter europaweit vorgibt. Die Angriffe finanzwirtschaftlicher Akteure auf Griechenland mit rund 2% des BSP Europas würden unter solchen Umständen bei einer Ausgabe von echten Euro-Bonds völlig ins Leere laufen. Man kann es auch anders sagen: Der Markt schreit geradezu nach neuen und auch neu konzipierten Spielregeln!

Damit ist es aber nicht getan. Denn es bedarf vor allem des Muts zu sagen: Ja, Europa ist auf dem **Weg vom Staatenbund zum multizentrischen Bundesstaat**. Es geht also nicht um weniger, sondern um „mehr“ Europa!

Eine gemeinsame Währung ohne eine abgestimmte Sozial- und Wirtschaftspolitik wenigstens in den Grundzügen wird kein Erfolgsmodell. Transferleistungen aus einem Land mit dem Rentenalter 67 in ein Land mit dem Rentenalter 58 schaffen sozialen Unfrieden. Es ist eine elementare Verantwortung von Politikern, hier über punktuelle Rettungsaktionen hinaus zu denken. Ebenso ist es Verantwortung der Gesellschaft, ihre Politiker in diese Richtung hin zu fordern!

Zur Professionalisierung Europas gehören aber auch weitere Themen. Zwei davon möchte ich in aller Kürze herausgreifen: Den Umgang mit Religionen und den Umgang mit Minderheiten. Wer die immer noch bequem wirkende Lebenslüge Europas überwinden will, der muss Fragen aufgreifen, die gerne tabuisiert werden. **Religion** ist eine dieser Fragen. Es ist an der Zeit, eine europäische Stelle für Religion und Demokratie in Europa ins Leben zu rufen, die sowohl mit Kirchen und Religionsgemeinschaften wie mit Staaten und Behörden in Verbindung treten kann, um nach der konkreten Verwirklichung von Menschenrechten vor Ort zu fragen. Zur Religionsfreiheit gehört es, dass in europäischen Städten Moscheen gebaut werden dürfen. Es gehört aber auch dazu, dass Kirchen in der Türkei Grund und Boden erwerben und darauf ihre Gotteshäuser errichten dürfen.

Ähnliches gilt für das große Thema der **Minderheiten**. Denn in praktisch allen europäischen Ländern gibt es alte und neue Minderheiten. Es gibt eine Vielzahl von Modellen vom Elsass in Frankreich über Südtirol in Italien und die dänische Minderheit in Deutschland. Bisher fehlt aber ein Bemühen um gemeinsame Mindeststandards, von der eigenen Sprache bis zum eigenständigen Kulturwesen auf der einen, von der Beherrschung der Landessprache und dem Recht auf doppelte Staatsangehörigkeit auf der anderen Seite.

Ich komme zum Schluss. Europa zu bauen, setzt Mut und den Willen vieler Bürgerinnen und Bürger voraus. Diesen Mut in die Richtung eines „**Europas 2.0**“ aufzubringen, ist nicht zuletzt unsere ureigene Aufgabe. Sie wahrzunehmen, heißt Verantwortung für die heutige Zeit übernehmen- und die Chance zu wahren, dass neues Vertrauen entsteht, auch in den Finanz- und Gütermärkten.

LITERATUR

George A. Akerlof, Robert J. Shiller, Animal Spirits, Wie Wirtschaft wirklich funktioniert, Frankfurt/M. 2009

Gary S. Becker, Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen 1993

Roland Bernabou, Groupthink, Collective Delusions in Organizations and Markets, Universität Princeton NJ 2008 (zitiert nach A. Akerlof / R. Shiller 2009, S.253 und S.278.

Ulrich Hemel, Wert und Werte. Ethik für Manager. Ein Leitfaden für die Praxis, München 2007

Ulrich Hemel, Globale Weltwirtschaft und globalisierte Zivilgesellschaft, in: Salzburger Theologische Zeitschrift 13, 2009, H.2, 178-191

Ulrich Hemel, Spielregeln in der globalen Zivilgesellschaft, Zur anthropologischen Dimension von Wirtschaft und Gesellschaft, in: Was trägt, wenn die Welt aus den Fugen gerät" Christliche Weltverantwortung im Horizont der Globalisierung, hg. von Peter Klasvogt / Andreas Fisch, Bonifatius-Verlag: Paderborn, 2010,149-158

Nikolaus Knoepffler, Angewandte Ethik, Köln 2009

Klaus Leisinger, Der UN Global Compact als internationaler Bezugsrahmen für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, in: Schriftenreihe der Schwäbischen Gesellschaft, Nr. 62-64, Stuttgart 2007, S. 63-81

Porter, Michael E. / Kramer, Mark R., 2011, Die Neuerfindung des Kapitalismus, in: Harvard Business Manager, No. 2/2011, S. 58-75

Heribert Prantl, Heimat Europa, Süddeutsche Zeitung, 2./3.Juli 2011, Nr.150, S.V2/1

Rüdiger Safranski: Romantik. Eine deutsche Affäre. München 2007

Solide Staatsfinanzen- die Finanzmarktkrise, ihre Folgen und ihre Lehren, 47.Kolloquium der Walter-Raymond-Stiftung (Berlin 22.und 23.März 2009) (=Bd.49 der „Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung der BDA), Berlin 2009

Andreas Suchanek, Ökonomische Ethik, Tübingen 2001

Nassim Nicholas Taleb, Der Schwarze Schwan, Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse, München 2008

Christian Thies (Hrsg.), Der Wert der Menschenwürde, Paderborn 2009

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Instituts für Sozialstrategie ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Publikationen des IfS unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen- und kollegen und durch die Institutsleitung. Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen und Autoren wieder.